
Die Regulation der Routine: Über die regulatorischen Spielräume zur Etablierung nachhaltigen Konsums¹

Jakob Kapeller, Bernhard Schütz, Dennis Tamesberger

1. Einleitung

Das private Konsumverhalten in Nordamerika und Europa ist eine wesentliche Determinante sowohl des weltweiten Wirtschaftswachstums als auch des globalen Ressourcenverbrauchs und Emissionsausstoßes. Dieser Befund legt nahe, dass Strategien nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung versuchen sollten, individuelle und private Konsumroutinen nachhaltig zu verändern. Aus Sicht einer demokratischen Konsumkultur bieten sich zwei grundsätzliche Möglichkeiten an, Demokratie und Konsum zu verknüpfen. Zum einen kann die Wahlfreiheit im Bereich des privaten Konsums als Ausdruck individueller Freiheitsrechte im Sinne der oft beschworenen KonsumentInnen-souveränität verstanden werden. Zum anderen verweist der Aspekt der Demokratie auch auf die Möglichkeit, durch öffentliche Regelsetzung jene Fragen zu klären, die sich aus dem Konnex zwischen individuellem Handeln und seinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Folgen ergeben. Demokratie als prinzipielles Argument kann hier also auf zweierlei Arten ins Feld geführt werden, nämlich einerseits als Argument zur Stärkung individueller Handlungsspielräume oder aber als Ausgangspunkt zur gemeinschaftlichen Regulierung kollektiv relevanter Problemstellungen.

Dieses Spannungsfeld spiegelt sich auch in der Diskussion des Umgangs mit den ökologischen Folgen privaten Konsumsverhaltens wider, in der im Wesentlichen zwei Strategien zur Wahl stehen: zum einen die Forcierung einer verstärkten individuellen Bewusstseinsbildung durch einen entsprechenden gesellschaftlichen Diskurs und ein umfassendes Informationsangebot zur Etablierung nachhaltiger Konsumpräferenzen in weiten Teilen der Bevölkerung; zum anderen die Option einer verstärkten gesetzlichen Regulierung ökologisch relevanter Parameter im durchaus breit gefächerten Konsumgütersektor. Dabei sind diese beiden Ansätze nicht notwendigerweise in permanentem Konflikt, sondern in vielen Fällen durchaus komplementär. So korreliert etwa die Bereitschaft zu umwelt-

sensiblen Verhalten oft positiv mit der Durchsetzbarkeit entsprechend ökologisch inspirierter Regulierungsvorschläge. Umgekehrt üben einmal etablierte Regulierungsvorschriften ihrerseits wiederum einen schwer zu überschätzenden Einfluss auf die Herausbildung künftiger Präferenzformationen heraus. Nichtsdestotrotz konstituiert das obig zitierte Spannungsfeld ein Problem der politischen Strategiebildung – im Sinne der Wahl des geeigneten Instruments (etwa: Aufklärung oder Verbote) zur Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag zwei Ziele: Zum einen soll gezeigt werden, dass stärker regulatorisch ausgerichtete Strategien aufgrund ihrer größeren Effektivität gegenüber auf KonsumentInnen-erziehung basierenden Herangehensweisen umweltpolitisch zu priorisieren sind. Dabei liegt diese höhere Effektivität nicht nur im Grade einer höheren technischen Zielerreichung begründet, sondern ergibt sich auch durch Umweffekte – etwa indem Anreize zu einer stärkeren Ökologisierung von Produktion und Produkt gesetzt werden oder indem private Bemühungen um die Institutionalisierung nachhaltigen Konsumhandelns unterstützt werden (Abschnitt 2). Zum anderen soll vor dem Hintergrund des Polanyischen Arguments² der allgegenwärtigen Komplementarität von Recht und Markt gefragt werden, welche Formen der Regulation potenziell geeignet wären, nachhaltige Konsumpraktiken auf lange Frist zu etablieren. Um diese Fragestellung zu beantworten, versuchen wir zuerst einen minimalen Kriterienkatalog entlang des gängigen Nachhaltigkeitsdiskurses zu entwickeln (Abschnitt 3), um auf dieser Basis verschiedene Fallbeispiele gegenüberzustellen (Abschnitt 4).

2. Die Regulierung von Konsumroutinen wider die „Privatisierung der Nachhaltigkeit“

Obwohl die grundsätzliche Relevanz der Herausbildung mündiger, kritischer und umweltbewusster KonsumentInnen weitgehend unbestritten ist, formiert sich in diesem Kontext, vor allem aufgrund der zunehmend dominanteren Rolle dieses Aspekts im Gesamtpaket ökologiespezifischer Politikmaßnahmen, die grundsätzliche Kritik an einer „Privatisierung der Nachhaltigkeit“.³ Im Kern dieser Kritik steht der Umstand, dass die Verantwortung für die Etablierung nachhaltiger Konsumroutinen individuellen AkteurInnen übergeben und damit der privaten – im Gegensatz zur politisch-öffentlichen – Sphäre übertragen wird. Die Legitimität dieser Verantwortungsdelegation an die private Sphäre wird dabei auf zumindest drei Ebenen in Frage gestellt.

Erstens lässt sich mit dem Verweis auf die soziale Einbettung von Konsumroutinen – also dem Umstand, dass Konsummuster und Präferenzen